JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH“
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 25 | 27. März 1919 | כ"ה אדר שני תרע"ט | Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Interview mit Dr. Landsberg.

Durch die polnische Bestrebung auf die Angliederung des stark von den Juden bewohnten Oberschlesiens an den polnischen Staat erscheint die Lage unserer dortigen Glaubensgenossen in bedenklicher Weise gefährdet. Unlängst sind in Zürich der bekannte jüdische Politiker Dr. *Friedemann* und Dr. *Landsberg*, der Bruder des deutschen Reichsjustizministers, eingetroffen, die sich seit einiger Zeit mit dem Studium der Stimmung der jüdischen Bevölkerung in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands besonders befasst haben. Wir haben deshalb Anlass genommen uns an die beiden Herren zu wenden und Herr Dr. Landsberg, der, wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, seit vielen Jahren als Führer der schlesischen Sozialdemokratie tätig ist und sich durch seine politische Tätigkeit, wie auch als Sprachforscher einen Namen gemacht hat, hat uns dabei die nachfolgenden wertvollen Aufklärungen gegeben.

„Ich ergreife mit Vergnügen die Gelegenheit meiner Anwesenheit in Zürich, um mich auf neutralem Boden über Fragen zu äussern, die mir sehr am Herzen liegen. Der Umstand, dass ich gegenüber dem Vertreter der Jüdischen Presszentrale das Wort ergreife, bedarf einer Erläuterung.

Ich komme durch meine parteipolitische Tätigkeit als langjähriges Mitglied der deutschen Mehrheitssozialisten sonst nicht allzuviel zur Beschäftigung mit jüdischer Politik. Indessen habe ich als Jude sowohl, wie als geborener Oberschlesier allen Anlass, auch in meiner Parteistellung das Wort zur oberschlesischen Frage und ihrer Bedeutung für die Judenheit, wie sie sich vor dem Friedenskongresse aufrollt, zu ergreifen.

Ich hatte im Frieden längere Zeit keine Gelegenheit gehabt, meine oberschlesische Heimat aufzusuchen. Während des Krieges habe ich wiederholt und zum Teil längere Zeit, mich in Oberschlesien aufgehalten und dabei gefunden, dass der oberschlesische Arbeiter bei aller Energie, mit der er seine sprachlich-kulturellen Interessen als Pole vertritt, in der erdrückenden Mehrzahl nicht daran denkt, Bürger des polnischen Staates zu werden. Er weiss, dass die polnische Unternehmerschaft die rücksichtsloseste und räuberischste in ganz Europa gewesen ist. Leider gilt das auch von der assimilatorisch-jüdischen Grossunternehmerschaft, hauptsächlich in Lodz, gegenüber den jüdischen Arbeitern. Dem gegenüber ist die polnische Arbeiterbewegung von Bolschewismus und Nationalismus zerrissen und dadurch in ihrer Widerstandskraft geschwächt. Die politischen und wirtschaftlichen Führer Polens sind völlig unbewährt und haben noch den Nachweis zu erbringen, dass sie im Stande sind, aus dem neu gegründeten Staat ein blühendes Gemeinwesen und eine einheitliche Volkswirtschaft erstehen zu lassen. Der realpolitische Sinn des oberschlesischen Arbeiters lehnt diesen Sprung ins Dunkle ab.

Ich höre mit Bedauern, dass die blutigen Exzesse, die die Polen sich in Galizien und in Kongresspolen gegen wehrlose Juden geleistet haben, Scharen von Juden und namentlich von jüdischen Arbeitern über die Grenze nach Deutschland treiben. Obwohl wegen der andauernden Flecktyphus-Gefahr die deutsche Grenze gegen Polen heute noch für Ueberwanderer gesperrt ist, denkt der deutsche Arbeiter, soweit er Sozialdemokrat ist, von vornherein nicht daran, — getreu seinem Wahlspruch „Gleichheit für alles was Menschenantlitz trägt“ — die deutsche Grenze für irgendwelche Zuzügler dauernd zu sperren. Ich halte es allerdings im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und ihres guten Verhältnisses zu ihren jüdischen Klassengenossen für bedenklich, wenn diese Auswanderung regellos erfolgt und eine katastrophale Form annimmt, weil dann zu befürchten wäre, dass der polnisch-jüdische Arbeiter, der von Hause aus an eine niedrige Lebenshaltung gewöhnt ist, die höhere Lebenshaltung des deutschen Arbeiters herabdrücken würde.

Auch allgemeine kulturelle Gesichtspunkte sind es die mich dazu veranlassen, mich mit aller Energie gegen den Uebergang Oberschlesiens an Polen auszusprechen. Was das oberschlesische Judentum für die deutsche Wissenschaft im allgemeinen und die jüdische im besondern geleistet hat, ist allbekannt. Ich habe mit Freude gesehen, wie selbst noch im Kriege das kulturelle Leben in Oberschlesien blühte, namentlich eine hochentwickelte Pflege guter Musik; auch Theater, Volksbibliotheken und dergleichen mehr haben in Oberschlesien einen sehr achtenswerten Stand erreicht. Man wird mich nicht jüdischer Einseitigkeit zeihen, wenn ich erkläre, dass die oberschlesischen Juden an der Pflege dieser Kulturgüter in erster Linie beteiligt sind. Es ist mit Sicherheit zu er-

warten, dass, wenn es den Polen gelingt, Oberschlesien an sich zu ziehen und die Juden durch die blutigen Vorgänge der letzten Zeit gewarnt, in Scharen fliehen werden, all diese Quellen kulturellen Lebens versiegen müssten.

Die Zahl der Juden in Oberschlesien steht hinter andern östlichen Wirtschaftsgebieten wie z. B. Posen zurück. Aber jeder Kenner des oberschlesischen Wirtschaftslebens wird mir beipflichten, wenn ich sage, dass sie in der Industrie, wie im Handel und Gewerbe eine Rolle spielen, die ausser jedem Verhältnisse zu ihrem zahlenmässigen Anteile an der Bevölkerung steht. Sie haben sich allenthalben als die geborenen Mittler zwischen den beiden aneinander grenzenden Gebieten und Völkern betätigt und es würde eine nicht wieder auszufüllende Kluft bedeuten, wenn sie aus Oberschlesien verschwänden, was bei einem Uebergang Oberschlesiens an den polnischen Staat für die grosse Mehrzahl der Juden mit Sicherheit zu befürchten ist.

Der Zionistenkongress für den 27. August festgesetzt.

Stockholm. Das Jüdische Pressbüro meldet aus London: Agr. *Wilkansky* erklärte in seinem Kolonisationsreferate: 600 Millionen Pfund sind für eine grosszügige Kolonisation erforderlich. Die Durchführung im raschesten Tempo wurde beschlossen. Der Bodeneinkauf darf nur durch den „Jüdischen Rat" oder den Nationalfonds erfolgen. Die Nationalisierung des staatlichen Bodens wurde beschlossen, über die Zulässigkeit privaten Bodenbesitzes soll der Zionistenkongress entscheiden.

Julius Simon forderte in seinem Finanzreferat eine halbe Million Pfund für das nächste Jahr zwecks Organisierung des Palästinawerkes, wovon Amerika über die Hälfte zu decken hat, Deutschland 5000, Deutschösterreich 500, Polen 7000 Pfund.

Motzkin und Rosow wurden beauftragt, die politische Arbeit in Paris bezüglich der nationalen Rechte in der Diaspora zu leiten.

Eine Sitzung des Grossen Aktionskomitees soll demnächst zusammentreten. Der zionistische Weltkongress wurde für den 27. August festgesetzt, der Ort ist noch unbestimmt. Das Aktionskomitee hat seinen Sitz in London. Das Grosse Aktionskomitee wurde um 7 Mitglieder erweitert, und zwar wurden kooptiert: 3 Palästinenser, 2 Amerikaner (Prof. Felix Frankfurter und Jakob de Haas), 1 Misrachist, 1 Poale-Zionist (Kaplansky).

Die Londoner zionistische Konferenz.

Das Kopenhagener zionistische Büro meldet: Nach Abschluss der Debatte über das Kolonisationsprogramm hielt *Weizmann* eine Rede, in der er als die Hauptaufgabe die Vorbereitung der Tätigkeit bezeichnete, welche sofort nach Schluss der Friedenskonferenz, sobald die Arbeitmöglichkeiten sich ergeben, einsetzen müsse. Die Arbeit müsse in Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der Bewegung erfolgen, nach grosszügigen Methoden, an die nicht der bisherige Masstab angelegt werden dürfe. Weizmann erwartet besonders in Süd-Palästina eine lebhafte Kolonisationstätigkeit. Er betont den grossen Wert der *öffentlichen Arbeiten*, welche den Einwanderern Arbeitsgelegenheit bieten müssen. Besonders weist er auf die grosse kulturelle und politische Bedeutung der Errichtung der Universität in Jerusalem hin. Für alle Juden ergeben sich grosse Aufgaben. Die Juden Palästinas werden beim Aufbau des Gemeinwesens durch ihre Erfahrungen grosse Dienste leisten. Besondere Aufgaben harren der amerikanischen Juden.

Ein „Jüdischer Landfonds".

Die Konferenz beschloss, einige der vom Kolonisationskomitee vorgeschlagenen Resolutionen dem Aktionskomitee zu überweisen, andere der Entscheidung des Kongresses vorzubehalten. Die dringendsten Beschlüsse, die gefasst wurden, sind folgende: Es wird ein jüdischer Landfonds gebildet, der für die nationale jüdische Kolonisation alle Ländereien übernimmt, die nicht Privateigentum sind, ferner andere erhältliche Ländereien unter sorgfältiger Berücksichtigung der Rechte der arabischen Besitzer erwirbt. Die Ländereien des Landfonds *können nicht in Privateigentum übergehen*, sondern gehören dem jüdischen Volk. Der „Judenrat" erhält ein Prioritätsrecht für die Uebernahme der öffentlichen Arbeiten.

Die Beschlüsse zur Organisationsfrage.

Nach dem von Dr. *Jacobson* erstatteten Bericht der Organisationskommission fasste die Konferenz folgende Beschlüsse:

1. Der Kongress soll am 1. Elul (27. August) abgehallten werden, und zwar derart, dass alle Organisationen daran teilnehmen können. Den Ort hat das Aktionskomitee zu bestimmen.

2. Falls es sich nach zwei Monaten erweist, dass die Abhaltung des Kongresses unmöglich ist, muss die Jahreskonferenz binnen längstens einem Monat einberufen werden, so dass alle Organisationen Delegierte senden können.

3. Eine Woche nach Pessach (Ende April) soll im Haag eine Sitzung des Grossen Aktionskomitees stattfinden,

4. Das Grosse Aktionskomitee erklärt sich unter Teilnahme aller erreichbaren Mitglieder in Permanenz. Drei amerikanische Mitglieder, zwei Palästinenser, ein Misrachist und ein Poale-Zionist werden beigezogen. Bei sich ergebenden Meinungsverschiedenheiten hat das Aktionskomitee ein Einspruchsrecht.

5. Bei der Zusammensetzung der Palästina-Kommission erhalten die Palästinenser, Misrachi und Poale-Zion eine entsprechende Vertretung. Das vergrösserte Aktionskomitee bestimmt die künftige Zusammensetzung der Kommissionen.

6. In Verbindung mit der Bildung des provisorischen Palästinakomitees werden Vorschläge über die Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen gemacht, wofür die Konferenz die Grundsätze für das Aktionskomitee festsetzt, welches dem nächsten Kongress konkrete Vorschläge machen soll.

7. Diesen Grundsätzen zufolge sollen die jüdischen Organisationen, die schon in oder für Palästina gearbeitet haben oder arbeiten, zur Mitarbeit aufgefordert werden, ferner diejenigen, welche die Judenschaft irgend

eines Landes vertreten, ebenso Organisationen, deren Hilfe besonders wichtig für die Entwicklung der jüdischen Heimstätte in Palästina sein könnte.

8. Die Konferenz delegiert *Moztkin* und *Rosow* als Vertreter der zionistischen Organisation in Fragen der nationalen Rechte nach Paris, zwecks Zusammenarbeit mit den Delegationen der jüdischen Nationalräte.

Julius Simon erstattet den Finanzbericht und präliminiert 235.000 Pfund Sterling, sowie weitere 17.000 Pfund Sterling für den Fall, dass die Einnahmen es gestatten. Das Budget wird einstimmig angenommen

Die Schlussreden.

In der Schlussitzung hält Weizmann eine Ansprache. Er bedauert die Abwesenheit der Mitglieder des Engeren Aktionskomitees, Prof. *Warburg* und Dr. *Hantke*, die aus technischen Gründen zu erklären ist. Er erklärt, dass die Konferenz den abwesenden Führern unbedingtes Vertrauen entgegenbringt und verweist auf die für Ende April anberaumte Vollsitzung des Aktionskomitees im Haag, an welcher auch die heute Abwesenden teilnehmen werden. Weizmann hebt die grosse politische Bedeutung der Konferenz hervor und betont, dass das Prinzip einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk von der Welt anerkannt ist, jedoch durch die Arbeit des jüdischen Volkes verwirklicht werden muss. Er fordert die Delegierten auf, nach ihrer Heimkehr die ganze Organisation zu energischer und tatkräftiger Mitarbeit anzueifern.

Dr. *Jacobson* spricht die Ueberzeugung aus, dass jetzt für das jüdische Volk die Möglichkeit eines grossen Werkes von dauerndem Wert gegeben ist. Er begrüsst die abwesenden Kollegen Brandeis, Warburg, Hantke und Nordau und dankt der Konferenz für ihre harmonische und fruchtbare Arbeit. David *Yellin* und *Ussischkin* halten hebräische Ansprachen. *Schmarja Levin* gratuliert der Konferenz und den Führern zu den grossen Erfolgen des Zionismus. Er betont die Macht der demokratischen zionistischen Bewegung und die Bedeutung der jetzigen Epoche, die entscheidend ist für die Geschichte des jüdischen Volkes. *Eisenberg* (Rechoboth) spricht namens der palästinensischen Pioniere. Hierauf wurde dle Konferenz mit der Absingung der Nationalhymne „Hatikwa" nach 16tägiger Dauer geschlossen.

Die Konferenz hat Begrüssungstelegramme an die palästinensische Judenschaft, ferner an Prof. Warburg, Dr. Hantke, Louis D. Brandeis und Max Nordau abgesandt. Das Armenier-Komitee in Paris hat der Konferenz ein Glückwunschtelegramm gesandt, welches herzlich erwidert wurde.

Ernennung einer interalliierten Studienkommission für Syrien und Palästina.

Paris, 22. März. Der „Temps" sagt, dass nach Anhörung des Generals Allenby beschlossen wurde, auf den amerikanischen Vorschlag, Ernennung einer interalliierten Kommission, die die Probleme in Syrien und Palästina wie auch in dem ganzen türkischen Asien an Ort und Stelle studieren soll, zurückzukommen. Infolge dieser Entscheidung kann die Erteilung der Mandate für die Gebiete des türkischen Asiens nicht vor der Rückkehr dieser Kommission, d. h. nicht vor einigen Monaten erfolgen.

— Der „Neuen Zürcher Zeitung" berichtet ihr italienischer S. Korrespondent:

Von der ital. Grenze, 23. März. Sowohl die Verteilung der kleinasiatischen Mandate, als die Einteilung der asiatischen Türkei in provisorische Besetzungsgebiete dürfte durch den Beschluss des Rates der Zehn, eine interalliierte Studienkommission nach Kleinasien zu entsenden, auf unbestimmte Zeit verschoben worden sein. Der Beschluss, Kleinasien wie einen unbekannten Erdteil zu erforschen, ist, wie aus Pariser Informationen der Mailänder Blätter hervorgeht, nicht zuletzt auf die englisch-französische Rivalität zurückzuführen. Er bedeutet einen Kompromiss, mit dem sich die beiden Rivalen zufrieden geben, obwohl er jener Scheu vor bindenden Entschlüssen entsprang, der die Hauptschuld an der Verschleppung der Friedensverhandlungen beigemessen wird. England befürwortete die „Forschungsreise", weil vorläufig die seiner Politik günstige Verteilung der militärischen Kräfte in Kleinasien erhalten bleibt. Während England die Gebiete von Konstantinopel bis Konia, von Smyrna bis Bagdad und von Aleppo bis zur ägyptischen Grenze mit einem Netz von Garnisonen überzog, bestehen, wie der „Corriere della Sera" mitteilt, die französischen Streitkräfte nur aus zwei Bataillonen algerischer Schützen, zwei Armenierbataillonen der Orientarmee, drei Schwadronen Spahis und zwei Batterien Artillerie. Abgesehen von Cilicien, Syrien und Palästina, liegt in der ganzen asiatischen Türkei die Verwaltung in den Händen englischer Beamter.

Frankreich verfolgt diese britische Regsamkeit mit den Blicken des bedrohten Rivalen. In den jüngsten ägyptischen Unruhen erblickt es den Beweis, dass der von England geschaffene und geförderte Panarabismus nicht nur die französischen Rechte auf Syrien, sondern auch englisches Besitztum bedroht. Aber nicht einmal diese Gefahr vermochte England von seinem Programm abzubringen. Frankreich andererseits hatte Grund, die Vertagung definitiver Beschlüsse über Kleinasien zu unterstützen, weil ihm die Regelung der deutschen Grenzfragen näher liegt. Nachher wird es grössere Bewegungsfreiheit besitzen einem Verbündeten gegenüber auf dessen Unterstützung es vorläufig angewiesen ist. Italien verspricht sich von der Vertagung insofern Vorteile, als dadurch vermutlich die Lösung der adriatischen Differenzen beschleunigt wird. Die italienische Presse begrüsst die Entsendung einer Studienkommission auch deshalb, weil sie über den Wert eines allfällig zu übertragenden anatolischen Mandates zuverlässige Informationen zu erhalten hofft.

Die deutschen Juden und der Friedenskongress.

In Ergänzung der in unserer vorigen Nummer gebrachten Meldung erfahren wir aus verlässlicher Quelle, dass der Verein jüdischer Organisationen auf Ersuchen

Ministers Bernstorff 3 Delegierte gewählt hat, die die in *Berlin* tagende Delegation der Friedenskonferenz in jüdischen Angelegenheiten beraten sollen, und zwar als Vertreter der Zionisten *Lichtheim*, der Agudas Jisroel Dr. Pinchas *Kohn*, Ansbach, und der Assimilanten Geheimrat Dr. *Fuchs*, während Paul Nathan, der ebenfalls zur Wahl stand, in Minorität blieb. Die Führung dieser Kommission wurde Prof. *Sobernheim* vom Komitee für den Osten, Referent im Auswärtigen Amte, übertragen. Zum Sachverstängigen in jüdischen Angelegenheiten der Friedensdelegation in *Paris* wurde der bekannte Zionist Hermann *Struck*, ebenfalls Mitglied des Komitees für den Osten, ernannt.

Chronik.

Ukraine.

Die Pogrome in der Ukraine.

Stockholm, 18. März. Das Jüdische Pressbüro meldet: Rechtsanwalt *Grusenberg*, der bekannte Verteidiger im Beilisprozess, richtete durch Vermittlung des britischen Attachées in Odessa einen dringenden Appell an die britische Regierung, sie möge veranlassen, dass Massnahmen getroffen werden, um die Judenpogrome in der Ukraine einzustellen. Grusenberg berichtet, dass die Judenpogrome ungeheure Dimensionen angenommen haben. In Berdiczew, Owrucz, Ostrog, Eliabetgrat, Balta, Proskurow und in Dutzenden anderer Städte seien viele Juden ermordet, Frauen vergewaltigt, Kinder verschleppt worden. Die Pogromwelle habe sich auch über die Kolonien in Südrussland ergossen, wo viele jüdische Bauern ermordet worden seien. Sofortige Hilfe sei dringend notwendig.

Der Pogrom in Tarnopol.

Wie die Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien mitteilt lässt sich auf Grund authentischer Nachrichten und der Darstellung eines aus Tarnopol eingetroffen Mitgliedes des Ostnationalrates feststellen, dass die Geschehnisse in Tarnopol als Pogrom *nicht* bezeichnet werden können. Soldaten, die aus den Kasernen losbrachen, plünderten Geschäfte, ums Leben ist aber von den Juden niemand gekommen. Die Ortsbehörden waren den Ausschreitungen gegenüber fast 24 Stunden machtlos, bis es ihnen gelungen ist, mit Hilfe herbeigeholter verlässlicher Truppen die Ordnung wieder herzustellen. Eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet. Die Rädelsführer wurden verhaftet und drei von ihnen zufolge Standrechtsurteilen des Militärkommandos erschossen. Der Sachschaden der jüdischen Kaufleute und Einwohner beläuft sich auf 2½ Millionen Kronen. Die Regierung hat eine Entschädigung der Betroffenen in Aussicht gestellt.

Was die Uebergriffe, Missbräuche und Willkürakte der Orts- und Kreis-, Zivil- und Militärbehörden anbetrifft, so hat auch in dieser Hinsicht der Staatssekretär des Innern *Dr. Makuch*, die stengste Remedur zu schaffen erklärt.

— Mit Urteil des Feldgerichtes des Militärkreiskommandos in Tarnopol wurden wegen Leitung und Teilnahme an den in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar l. J. in Tarnopol stattgefundenen Plünderungen zum Tode durch erschiessen verurteilt:

1. Stabsfeldwebel Nykola Mykolajczuk, 43 Jahre alt, gebürtig aus Podgore, Bezirk Rohatyn, zuständig nach Tarnopol,
2. Feldwebel Petro Kutenskyj, 26 Jahre alt, gebürtig aus Igrowice, Bezirk Tarnopol,
3. Jäger Petro Jaborskyj, 21 Jahre alt, gebürtig aus Stryjiwka, Bezirk Zbaraz.

Das Urteil wurde am 19. Februar um 3 Uhr früh vollzogen.

Tarnopol, am 19. Februar 1919.

Komarynskij m. p.
Militärkreiskommandant.

— Zu den Vorbereitungen zur ukrainischen Konstituante und Beratungen in den entsprechenden Kommissionen sollen, laut Versicherung des Staatssekretariats des Innern, die Vertreter des ostgalizischen Jüdischen Nationalrates beigezogen werden.

Musterungen in der Westukraine.

Der Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien meldet: In Brzezany hat das Bezirkskommissariat auf Grund eines österreichischen Gesetzes über Kriegsdienstleistung im Jahre 1912 alle Nichtukrainer, also *auch Juden*, zur Musterung für Kriegsdienstleistung aufgefordert. Der Jüdische Nationalrat für Ostgalizien hat in dieser Angelegenheit beim Staatssekretariat für Heerwesen der westukrainischen Volksrepublik interveniert. Das Sekretariat hat sofort diese Mobilisationsverordnung, die das Bezirkskommissariat in Brzezany auf eigene Faust erlassen, sistiert.

— Das Kiewer Rayonkomitee der jüdischen Bildungsgesellschaft in Russland „Chewre Mefize Haskoloh" hat sich zu einer selbständigen ukrainischen Organisation konstituiert und die in der Ukraine befindlichen Institutionen (die Lehrerseminare in Charkow und Gitomir etc.) übernommen. Dadurch wird der Grundstein gelegt zu einer erfolgreichen Tätigkeit der Bildungsgesellschaft, die durch die Unterbindung des Verkehrs mit Russland in ihrer Bildungstätigkeit sehr stark gelitten hat.

— Der demokratische jüdische Lehrerverband in der Ukraine hat sich der jüdischen Kulturliga als eine besondere autonome Sektion angeschlossen.

— Ende vorigen Jahres fand in Kiew der Delegiertentag der jüdischen Hygienischen Gesellschaft (O. S. E.) statt. Auf der Beratung wurde die Reorganisierung der Gesellschaft, die infolge der Verkehrshindernisse mit Grossrussland notwendig wurde, durchgeführt. Die jüdischen Kinderheime und die Spielplätze in der Ukraine wurden von den ukrainischen Rayonkomitees übernommen und von der Petersburger Zentrale finanziell unabhängig gemacht.

Litauen.

Kowno. Das litauische Ministerium hat die leitende Stelle im Unterrichtministerium für das jüdische Schulwesen, dem bisherigen Oberlehrer am hebräischen Gymnasium in Kowno, Herrn *Dr. Leo Deutschländer*, der seit Jahren im Schuldienst im Osten, in Bjalystock, Kowno und Wilna tätig ist, übertragen.

Der Unterrichtsminister hat den Herren Dr. *Carlebach*, Dr. *Rachmilewitsch* und Dr. *Deutschländer* gegenüber seine hohe Wertschätzung für das jüdische Bildungswesen und die Notwendigkeit einer jüdischen Kulturautonomie wiederholt zum Ausdruck gebracht. Dem von Dr. *Cariebach* gegründeten und geleiteten hebräischen Gymnasium in Kowno hat der Minister die Rechte einer Vollanstalt und das Recht zur Abnahme der Abiturientenprüfung verliehen.

Bessarabien.

Die Lage der Juden in Bessarabien.

Von absolut zuverlässiger Seite erhält die Wiener-Morgenzeitung vom 13. März folgende Darstellung über die Lage der Juden in Bessarabien: Seit Bessarabien von den Rumänen besetzt wurde, herrscht dort ein wahres Schreckensregiment, das namentlich die Juden zu fühlen bekommen. Prügelstrafe und Plünderungen sind an der Tagesordnung, es werden beständig Requisitionen vorgenommen, kurz, es herrscht ein despotisches Regime des rumänischen Militärs. Man geht systematisch gegen die Juden vor und möchte sie am liebsten ganz ausrotten, weil die Juden als Wortführer der liberalen Ideen gelten und dadurch den Hass der Rumänen hervorrufen, die sehen, dass die Stimmung des ganzen Landes gegen sie ist. Die in Bessarabien wohnenden Rumänen sind gänzlich russifiziert und wollen von den rumänischen „Befreiern" nichts wissen, sogar die Bojaren sind gegen sie, so dass die Rumänen auf keiner Seite Freunde finden. Ein Plebiszit würde sich völlig gegen die rumänische Herrschaft aussprechen. Die bestehenden jüdischen Schulen sind geschlossen worden unter dem Vorwand, dass die Umgangssprache nicht die rumänische sei. In verschiedenen Städten ist es zu Ausschreitungen und Misshandlungen der Juden gekommen, wobei die beteiligten Soldaten straflos blieben. In Chotin wurden Juden ohne irgend welchen Grund von Gendarmen erschossen und unbeerdigt liegen gelassen. Es wäre höchst wünschenswert, eine europäische Kommission nach Rumänien zu schicken, welche die Verhältnisse untersuchen sollte. Die Juden in Bessarabien erklären, sie würden alle auswandern, falls Bessarabien rumänisch bliebe.

Tschecho-slovakischer Staat.

Prag, 24. März. (Tsch. P.-B.) Präsident *Masaryk* empfing eine von Dichter Max *Brod* geführte Deputation des Jüdischen Nationalrates und sagte ihr volle Unterstützung der kulturellen, sozialen und politischen Forderungen der Juden im Tschecho-slowakischen Staat zu.

Jugoslavien.

— Ueber Einschreiten des Jüdischen Nationalrates für Jugoslavien in Agram hat die nationale Regierung in Laibach den Bezirkshauptmannschaften in Rann und Cilli den Auftrag erteilt, den dortselbst wohnhaften jüdischen Flüchtlingen aus Galizien und Bukowina den Unterstützungsbeitrag im Betrage von K 2.— pro Tag und Kopf weiter auszufolgen.

Deutsch-Oesterreich.

Die Mazzoth-Versorgung.

Die israelitische Kultusgemeinde Wien veröffentlicht folgende Kundmachung: Nach grossen Bemühungen unserer Glaubensbrüder im Auslande wurden mit Bewilligung der interalliierten Ernährungskommission in Paris, ausserhalb des für Deutschösterreich bestimmten Kontingents an Lebensmitteln, für die Versorgung der jüdischen Zivilbevölkerung in Wien und Deutschösterreich mit Mazzoth während der diesjährigen Osterfeiertage im ganzen *zehn Waggons Ostermehl* in der Schweiz angekauft. (Es bezieht sich dies auf das der Jüdischen Presszentrale Zürich seinerzeit für Wien bewilligte Ostermehl. Siehe Nr. 14 der J. P. Z. [Extrabulletin] vom 14. Februar 1919.)

Belgien.

— Bekanntlich befindet sich der grösste Teil des Antwerpener Diamantenhandels in der Hand osteuropäischer Juden, die nach Kriegsausbruch nach Holland geflüchtet sind. Der Bürgermeister von Antwerpen versuchte letzthin verschiedentlich diese Juden zur Rückkehr nach Belgien zu bewegen. Als Vorbedingung ihrer Rückkehr verlangen diese aufrechten Juden, dass man sie als *jüdische Bürger* anerkenne, denn sie wollen nicht mehr Russen, Polen oder Oesterreicher bleiben. Die belgische Regierung hat ihren Wunsch zu erfüllen versprochen, woraufhin mehrere hundert Juden aus Holland zurückgekehrt sind. (The Jewish Express.)

Amerika.

— Morgenthau, der gewesene amerikanische Botschafter in der Türkei, der ebenfalls den Protest des Kongressmitgliedes Kahan gegen die Zionisten unterschrieben hatte, musste infolgedessen als Präsident der freien Synagoge zurücktreten. (The Jewish Express.)

Palästina.

Wahlen zur jüdischen Konstituante in Palästina.

Die zionistische Palästinakommission hat einen Aufruf an die jüdische Bevölkerung erlassen, in dem die Wahl zur jüdischen konstituierenden Versammlung angekündigt wird. Alle Juden, ohne Unterschied des Geschlechtes, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, sind wahlberechtigt. Wählbar sind diejenigen, die das 24. Lebensjahr überschritten haben. Um für die konstituierende Versammlung kandidieren zu können, muss man hebräisch sprechen und schreiben können. Im Namen der Exekutive des provisorischen Komitees der konstituierenden Versammlung richtet Dr. Jakob *Thon* einen Appell an alle Schichten und Richtungen der palästinischen Judenheit, alle kleinen trennenden Differenzen zurückzustellen, um befähigt zu sein, eine

dauernde, umfassende Organisation der palästinensischen Judenheit zu schaffen.

Eine Konferenz der Juden Palästinas, an der alle jüdischen Parteien teilnahmen, und die auch die Forderungen der palästinensischen Juden zur Friedenskonferenz formulierte, beschloss, die Kompetenz der konstituierenden Versammlung auf die inneren Angelegenheiten der palästinensischen Juden zu beschränken, wogegen die zionistische Organisation die Vollmacht haben soll, alle Fragen von allgemeiner nationaler Wichtigkeit zu behandeln. Das eingesetzte provisorische Komitee schlägt folgende Tagesordnung für die konstituierende Versammlung vor:

Stärkung der hebräischen Kultur und Anerkennung des Hebräischen als offizieller jüdischen Sprache in Palästina;

Verfassung und Funktionen des jüdischen Schiedsgerichtes (Mischpat Haschalom);

Die politische Organisation der palästinensischen Judenheit.

— Frau Norman *Bentwich*, die Gattin des Rechtsbeistandes der palästinensischen Verwaltung, ist dabei, eine Organisation der *Jerusalemer Mädchen* zu schaffen. Sie wirbt unbeschäftigte jüdische Mädchen für eine Landarmee Jerusalemer Mädchen an, welche die Aufgabe hat, unbebautes Land in der Stadt und ihrer nächsten Umgebung zu bebauen. Das zu bebauende Land sowie Sämereien, Pflanzen und Arbeitsgeräte sind bereits vorhanden, und Mrs. Bentwich ist zur Zeit bestrebt, einen Beitrag von 1000 Pfund zu sammeln, der zur Aufbringung der Löhne bis zur Zeit der Fruchttragung bestimmt ist. Die Mädchen arbeiten unter der Leitung einer in *Kinereth* ausgebildeten Lehrerin. (K.Z.B.)

Schweiz.

Haruach.

Auf Anregung der Wiener „Vereinigung Jüdischer Forscher, Schriftsteller und Künstler, Haruach" wurde am 10. März in Zürich eine Gesellschaft gleichen Namens gegründet, die damit dartun will, dass sie die von Wien aus propagierten Grundsätze zur Organisierung der jüdischen Geistesarbeiter auf einer, allen gemeinsamen Plattform, als richtig anerkennt und in demselben Sinne zu wirken gewillt ist. Fast alle in Betracht kommenden Züricher Persönlichkeiten, an die bisher herangetreten wurde, haben sich der neuen Haruach-Gruppe angeschlossen. An der Spitze der Züricher Vereinigung steht Redakteur Dr. S. D. Steinberg, Schriftführer ist Meier Wiener und Berater in Rechtsangelegenheiten Rechtsanwalt Dr. Steinmarder. Dem Vorstand, der sofort seine Tätigkeit begonnen hat, gelang es für die erste öffentliche Veranstaltung Herrn Oberrabbiner Dr. *Chajes*, Wien, zu gewinnen, der einen historisch tiefschürfenden Vortrag über „Cromwell und die englische Judenpolitik" hielt, wobei er auch auf die so aktuellen Gegenwartsfragen zu sprechen kam. Abgeordneter Tr. Thon, Krakau der mit Dr. Markus Braude, Lodz auf der Durchreise nach Paris, erst Freitag hergekommen war, liess es sich nicht nehmen, auch seinerseits über das Judenproblem zu sprechen. Wir zitieren nur den einen, aphoristisch zugespitzten Satz: Wenn auch nicht alle Juden nach Palästina gehen werden, so werden sie doch nicht mehr im Galuth sein sondern nur im Auslande. Wie wir hören zählt der Verein bereits eine ansehnliche Anzahl Mitglieder.

Misrachi Delegiertentag in der Schweiz.

Am Mittwoch den 2. April findet in Zürich im Jüdischen Heim (grosser Saal) der Delegiertentag der Misrachisten in der Schweiz statt. Viele Delegierte sind bereits angemeldet. Im jetzigen, für das jüdische Volk historischen Augenblicke, gewinnt diese Tagung besondere Bedeutung. Es wird dort Stellung genommen werden zu allen, das jüdische Volk bewegenden Fragen, die vom Standpunkte der jüdischen Tradition einer Lösung entgegengeführt werden müssen. — Nach Erledigung der organisatorischen Fragen am Vormittag, wird der Nachmittag hauptsächlich Referaten gewidmet sein. Es werden u. a. sprechen: Herr A. J. Rom über „Die Aufgaben des Misrachi in der Gegenwart" sowie Herr Professor G. Da Fano über „Der Misrachi und die Jugenderziehung". Die Tagung ist für jedermann als Hörer zugänglich; um einer Ueberfüllung vorzubeugen, müssen jedoch vorher Karten gelöst werden, die nur persönlich gültig sind. Diese sind zu haben Montag und Dienstag von 11—12 Uhr vormittags im Jüdischen Heim, Zimmer Nr. .6

— An der Mitgliederversammlung des Vereins Misrachi Zürich, am 23. März wurden als Delegierte zu dem für den 2. April einberufenen Delegiertentag die Herren *Kahan*, *Reichenbach*, Dr. *J. Rom*, *Israel Rottenberg*, *Safier*, *Schildberg* und Dr. *Straus* gewählt. Zur Verwaltung des bereits bestehenden und zur Schaffung neuer Fonds für die Misrachi Tachkemoni Schule in Jaffa wurde ein Komitee gebildet, dem folgende Herren angehören: *Bleiberg*, *J. Rebhuhn*, *Schildberg*. Als weitere Delegierte in die Vertrauensmännervereinigung der zion. Vereine Zürichs wurden neu gewählt, die Herren Reichenbach und Dr. Rom. Ein Statutenentwurf für die Delegiertentagung wurde vorgelegt und zur weiteren Beschlussfassung der Tagung überwiesen. Herr Aktuarius wies auf die Wichtigkeit und Bedeutung des „Misrachi Korrespondenzbüros" hin. Israel Rottenberg, Vorsitzender der N. F. Zentrale Zürich, fordert die misrachistischen Kreise auf, durch rege Spenden, die auch für die Reineskolonie verwendet werden können, den J.N.F. zu fördern. *Jos. Teplitz* referierte ausführlich über die Tätigkeit und Erfolge des Misrachi während der letzten 3 Monate.

Presse.

— Zur Zeit erscheinen in Ostgalizien folgende jüdischnationale Zeitungen: In Stanislau: Das Wochenblatt „Dus naje Dor" (Poale Zion), in deutscher Sprache „Jüdische Volkszeitung", in Kolomea ein jüd. Wochenblatt „Die naje Zajt" (Organ der Poale-Zion), in Tarnopol erscheint „Unser Weg" dreimal wöchentlich. Das Weitererscheinen des Stanislauer jüdischen Wochenblattes „Das jüdische Wort" wurde aus nichtigen Gründen seitens des Stanislauer Stadtkommandos verboten. Die genannte jüdische Presse hat mit einem empfindlichen Papier- und Nachrichtenmangel infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse zu kämpfen. In der nächsten Zeit beginnt in Stanislau ein jüdisches Tagblatt zu erscheinen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich